European Forum for Freedom in Education
Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen

www.effe-eu.org contact@effe-eu.org

Liebe *effe* Mitglieder,

Für die heißen Sommertage und die Sommerpause noch einige Neuigkeiten aus Brüssel.

Mit der neuen Ratspräsidentschaft Polens hofft *effe* auf frischen Wind in der Bildungslandschaft. Bevor auch die Europäische Union in die Sommerpause geht, werden interessante Diskussionen über neue Richtungen und Ideen geführt. Wichtig ist auch die neue Initiative der Grünen, die die Bürgerinnen und Bürger aktiver in die Agenda der EU einzubinden versucht. *effe* wird das Geschehen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen aus Brüssel,
Anne Liekenbrock, *Direktorin*

Inhalt

Informationen aus Brüssel
- Die polnische EU-Ratspräsidentschaft
- EU-Ratssitzung Bildung, Jugend, Kultur und Sport, 19.-20. Mai 2011
- Countdown für die Europäische Bürgerinitiative, Brüssel, 29. Juni 2011

Informationen aus den Ländern
- Freie Schulen in England: Neuanfang oder Anfang vom Ende?

Neuigkeiten
- *effe*-Kolloquium „Wir machen Schule“, Münster, 18.-19. November 2011
- Aktualisierung des *effe*-Atlasses zur Bildungsfreiheit
- Neuer Praktikant gesucht!

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Juli hat Polen erstmals die EU-Ratspräsidentschaft inne und wird sechs Monate lang die wichtige Rolle des Moderators auf der Suche nach Kompromissen zwischen den 27 EU-Mitgliedsstaaten übernehmen. Auf die polnischen Vertreter warten große Herausforderungen, da die Präsidentschaft in eine

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der polnische Premierminister Donald Tusk bei der Eröffnung der neuen Ständigen EU-Vertretung Polens am 26. Mai

Zeit wirtschaftlicher Unstetigkeit sowie finanzieller und währungspolitischer Turbulenzen fällt. Auffällig war jedoch bereits im Vorfeld, wie ernst die Polen ihre Präsidentschaftsrolle nehmen, in ganz Europa um Unterstützung für ihre Anliegen warben und ihre Verwaltung akribisch auf die anstehenden Aufgaben vorbereiteten.[1] Auch zu zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie beispielsweise dem European Youth Forum, nahmen sie zum Zweck der frühzeitigen Abstimmung engeren Kontakt auf.[2] Sie können dabei auf eine nationale Öffentlichkeit zählen, die die Rolle der EU zu fast 80 % positiv einschätzt.[3] Allerdings überschatten die für Oktober angesetzten nationalen Parlamentswahlen die Präsidentschaft, da sie voraussichtlich zu starken innenpolitischen Spannungen führen und Aufmerksamkeit sowie Energie der polnischen Regierung auf die nationale Ebene lenken werden.

Polen eröffnet eine neue Triopräsidentschaft, zu der auch Dänemark und Zypern als designierte Nachfolger für 2011 gehören, und übernimmt damit große Verantwortung, da in den nächsten sechs Monaten die politische Leitlinie des Rates der Europäischen Union bis Ende kommenden Jahres festgelegt wird. Im wirtschaftlichen Bereich soll die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und der Binnenmarkt weiter ausgebaut werden, insbesondere durch die endgültige Einführung eines europäischen Patents. Zudem fallen die Verhandlungen für den EU-Haushalt 2013-2020 in den Zeitraum der polnischen Präsidentschaft, die sich vorgenommen hat, diese soweit möglich zum Abschluss zu bringen.[4] Dank guter Kontakte der polnischen Verwaltung zu Parlamentspräsident Buzek und Finanzkommissar Lewandowski möchte Polen darauf achten, dass hier das Prinzip der Umverteilung zugunsten wirtschaftsschwächerer Länder innerhalb der EU gewährleistet bleibt.[5] Unter dem Motto „Sicheres Europa“ planen die Polen

PL2011.eu

Maßnahmen zur Energie- und Lebensmittelsicherheit, Bereiche, die zuletzt durch Skandale (wie Schweinepest und EHEC) sowie Preis- und Versorgungsunsicherheit aufgefallen sind. Als Befürworter einer „Eastern Partnership“ schwebt den Polen außerdem eine engere Anbindung der östlichen EU-Nachbarstaaten (Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Kaukasus) an die Union vor, wobei der Bericht der Kommission zur Europäischen Nachbarschaftspolitik vom Mai 2011

die Grundlage dieser Aktivitäten bilden soll.[6] Politische Unwägbarkeiten kann aber auch eine noch so gründliche Vorbereitung nicht ausschließen: So kommt die polnische Präsidentschaft nicht umhin, zu den politischen Umwälzungen im arabischen

Außenansicht von der neuen Ständigen Vertretung Polens bei der EU, die das neue Selbstbewusstsein des Landes auf EU-Ebene demonstriert

Raum Stellung zu nehmen. Sie betonte, dass die östliche Partnerschaft als Modell für die nordafrikanischen Mittelmeerstaaten fungieren könnte.[7]

Der Bildungsbereich rangiert zwar nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der polnischen Präsidentschaft, bietet jedoch eine ganze Reihe an Aspekten, zu denen die Polen bereits Stellung genommen haben. Im Zentrum der polnischen Bemühungen steht die Bildungsmobilität, und zwar von Schülern, Lehrern und Studenten, also im Grundschul- und Sekundarbereich sowie an den Universitäten.[8] Anschließend an die „Eastern Partnership“[9] beabsichtigt die polnische Präsidentschaft auch, die östlichen Nachbarländer der EU in die Mobilitätsprogramme mit einzubeziehen, wobei die Form noch unklar ist.[10] Dies kommt nicht von ungefähr, hat Polen doch innerhalb der EU die Vorreiterrolle im Kampf um die Demokratisierung und engere Anbindung insbesondere der Ukraine und Weißrusslands an die EU übernommen. Konkret soll die Mobilität vor allem dadurch verbessert werden, dass die Schlüsselkompetenzen inhaltlich auf sie ausgerichtet und die Unterrichtsangebote in den Fremdsprachen ausgebaut werden.[11] Schließlich wird die Modernisierung der Universitäten ein weiterer Eckpfeiler der Bildungspolitik sein.

Im Jugendbereich hat sich die Präsidentschaft als Ergebnis von Diskussionen mit zivilgesellschaftlichen Bildungsorganisationen zum Ziel gesetzt, dem „Youth-in-the-World“-Programm besondere Unterstützung zukommen zu lassen. Ziel des Programms ist es, Jugendliche aus der EU und aus östlichen und südlichen Nachbarländern im Rahmen von Aktivitäten des nichtformalen und informellen Lernens und von Freiwilligenarbeit zusammenzubringen und das Verständnis für einander zu verbessern.[12]

Auf kultureller Ebene schließlich setzt sich die polnische Präsidentschaft vorrangig für die Culture- und Europe-for-Citizens-Programme der Kommission ein und plä-

Erasmus-Studenten auf dem Krakauer Marktplatz: Die polnische Ratspräsidentschaft legt großen Wert auf europaweite Bildungsmobilität

diert für einen nachhaltigeren Einsatz zugunsten von Kultur- und Kunsterziehung nicht nur für Schüler, sondern für alle Altersklassen. Auch soll die Digitalisierung im Kulturbereich, durch Projekte wie die European Digital Library Europeana, weiter vorangetrieben werden.[13]

effe begrüßt die Initiative der polnischen Präsidentschaft, die Mobilität in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik zu rücken. Diese spielt in der Realität vieler Schüler und

Studierender in ganz Europa bereits eine zentrale Rolle und kann politische Unterstützung gut gebrauchen. Eine Anpassung der Bildungspolitik an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes alleine reicht nicht aus, um Schulabbruch zu verringern und die Zahl der Universitätsabsolventen zu steigern. Bildungsmobilität dagegen verbessert nachhaltig die Sprachkenntnisse von Schülern und Studierenden, erweitert ihren kulturellen Horizont, gibt der Persönlichkeitsentwicklung einen Schub und bereitet sie auf ihre beruflichen Aufgaben in einem immer globaleren Arbeitsmarkt vor. Auch die Versuche, Jugendliche durch Aktivitäten im nichtformalen und informellen Lernen zusammen zu bringen, sieht *effe* positiv, solange die erworbenen Fähigkeiten anerkannt, aber nicht evaluiert werden. Entscheidend ist hier der grenzüberschreitende Austausch von Kindesbeinen an, der dabei hilft, national geprägte Vorurteile abzubauen. *effe*s Überzeugung nach sind interkulturelles Verständnis und Toleranz gegenüber politischer, sozialer, kultureller und nicht zuletzt bildungsbezogener Vielfalt wichtige Grundlagen einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, weswegen *effe* die sich abzeichnenden Schritte der polnischen Ratspräsidentschaft in diese Richtung unterstützt.

[1] http://www.bpb.de/themen/24ZFKY,2,0,Analyse%3A_Die_polnische_Ratspr%E4sidentschaft_in_der_Europ%E4ischen_Union%3A_Herausforderungen_Erwartungen_Pl%E4ne_und_M%F6glichkeiten.html#art2

[2] http://prezydencjaue.gov.pl/en/archive/303-education-and-youth-during-presidency-ngos-perspective

[3] http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/der-polnische-ratsvorsitz-der-eu-haushalt-und-solidarit-linksdossier-505560

[4] http://www.bpb.de/themen/24ZFKY,3,0,Analyse%3A_Die_polnische_Ratspr%E4sidentschaft_in_der_Europ%E4ischen_Union%3A_Herausforderungen_Erwartungen_Pl%E4ne_und_M%F6glichkeiten.html#art3

[5] http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/der-polnische-ratsvorsitz-der-eu-haushalt-und-solidarit-linksdossier-505560

[6] http://www.bpb.de/themen/24ZFKY,3,0,Analyse%3A_Die_polnische_Ratspr%E4sidentschaft_in_der_Europ%E4ischen_Union%3A_Herausforderungen_Erwartungen_Pl%E4ne_und_M%F6glichkeiten.html#art3

[7] http://euobserver.com/895/32347

[8] http://prezydencjaue.gov.pl/en/component/content/article/347

[9] Die Initiative der „Eastern Partnership" hat zum Ziel, die östlichen Nachbarstaaten enger an die EU zu binden.

[10] http://www.men.gov.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=2231%3A-minister-katarzyna-hall-na-obradach-rady-ue-do-spraw-edukacji-modziey-kultury-i-sportu&catid=206%3Aministerstwo-prezydencja-2011&Itemid=256

[11] http://prezydencjaue.gov.pl/en/archive/303-education-and-youth-during-presidency-ngos-perspective

[12] http://prezydencjaue.gov.pl/en/archive/303-education-and-youth-during-presidency-ngos-perspective

[13] http://prezydencjaue.gov.pl/en/component/content/article/347

EU-Ratssitzung Bildung, Jugend, Kultur und Sport 19.-20. Mai 2011

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel stellte am 24. Mai 2011 die Ergebnisse der Sitzung des Europäischen Rates für die Bereiche Bildung, Jugend, Kultur und Sport vom 19. und 20. Mai 2011 vor. Es handelt sich hierbei um ein Gremium, in dem die Bildungs-, Kultur- und Sportminister der EU- Mitgliedsstaaten regelmäßig zusammenkommen, um die entsprechenden Themen mit Regelungsbedarf zu diskutieren.

Zunächst berichtete Guido Kemmerling, bei der Vertretung zuständig für Kultur und Sport, von den diesbezüglichen Diskussionen der Ratssitzung, bei der Staatsminister für Kultur Bernd Neumann die Regierung und Wolfgang Heubisch den Bundesrat repräsentierten. Ein Thema war die sich abzeichnende Zusammenlegung des Kultur- und des Medienprogramms der Europäischen Kommission nach 2013, die Neumann strikt ablehnt. Das Europäische Kulturerbesiegel, das die Bedeutung herausragender

europäischer Kulturdenkmäler, -landschaften und Gedenkstätten anerkennen soll, steht dagegen kurz vor der Verabschiedung. Neben der Frage nach den Mobilitätshindernissen für Künstler aus Drittstaaten plädierte zudem Frankreich für ein Kulturmanifest, um in Zeiten der Einspa-

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der EU im Brüsseler Europaviertel

rungen und Haushaltskürzungen deren prinzipiellen Wert zu betonen. Deutschland steht einer solchen Initiative jedoch eher skeptisch gegenüber.

Axel Stammberger, verantwortlich u. a. für Jugendpolitik, fasste die Ratssitzungsergebnisse aus seinem Zuständigkeitsbereich zusammen. In Abwesenheit von Familienministerin Schröder vertrat Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium, die Bundesregierung. Die Diskussion drehte sich zunächst um das Thema Jugendarbeitslosigkeit, dem die Triopräsidentschaft Spanien-Belgien-Ungarn in einem Positionspapier den Kampf angesagt hatte. Auch ist die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben eine Priorität des Rates, welche durch den Erwerb von Schlüsselkompetenzen und durch europaweite Mobilität erreicht werden soll. Deutschland betont dabei die Bedeutung des Youth-in-Action-Programms[1] für die Jugendpolitik im Allgemeinen. Während der Sitzung kam auch das Thema der Freiwilligenarbeit zur Sprache, die insbesondere in Deutschland aufgrund der Ablösung des Zivildienstes durch den Bundesfreiwilligendienst im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht.[2] Die deutschen Vertreter bezeichneten die Freiwilligenarbeit als „generationsübergreifende Aufgabe“ und „guten ersten Schritt ins Berufsleben“. Allerdings müsse auch die Gefahr der Ausbeutung billiger Arbeitskraft ernst genommen werden.

In der Ratssitzung zum Thema Bildung vertraten Georg Schütte vom BMBF und Bundesratsmitglied Jürgen Zöllner die deutschen Interessen. Zunächst einmal betonten die Sitzungsteilnehmer, welch zentrale Rolle der nichtformalen und informellen Bildung dabei zukommt, auch bildungsferne Schichten stärker zu involvieren. Des Weiteren müsse das Weiterbildungsangebot an die Marktbedürfnisse angepasst und die Beratung sowie die Ausgabe von Bildungsgutscheinen verbessert werden.[3] Der Rat unterstützt die Kommission diesbezüglich in ihren Bemühungen. Ein wichtiges Anliegen der Sitzungsteilnehmer bestand außerdem darin, das Thema Schulabbrecherquote zur Sprache zu bringen. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsländern erschweren hier die Festlegung einer einheitli-

Jugendliche Teilnehmer des Youth-in-Action-Programms

chen europäischen Strategie. So betonte Dr. Frank Petrikowski von der Abteilung Bildung und Forschung der Ständigen Vertretung, wie sehr sich gerade Großbritannien gegen die Formulierung gemeinsamer EU-Zielvorgaben im Bildungsbereich sträube und auf seine nationale Souveränität in

diesem Politikfeld Wert lege. Dennoch wurde per Mehrheitsentscheid eine Resolution verabschiedet, die darauf hinzielt, die EU-weite Schulabbrecherquote bis 2020 auf unter 10 % zu senken.[4] Auch in der Debatte zu Bildungsmobilität und ihren Hindernissen gab es Vorbehalte: Hier hatte

Dr. Frank Petrikowski von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik berichtete von den Ratsdiskussionen in den Bereichen Bildung und Forschung

Italien, unterstützt von den Niederlanden, Einwände gegen eine genaue Bestandsaufnahme in diesem Bereich. Doch auch hier kam es letztendlich zu einer Resolution, welche die Mitgliedsstaaten dazu aufruft, administrative und institutionelle Hindernisse für Bildungsmobilität abzubauen.[5]

Die zukünftige polnische Ratspräsidentschaft stellte schließlich ihre Bildungsplanungen und -visionen vor.[6] Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang, dass die Polen Deutschland im Anschluss an die Sitzung um ein bilaterales Gespräch baten, um die Meinung der Vertreter des Nachbarlandes zu den skizzierten Ratspräsidentschaftszielen in Erfahrung zu bringen. Die Initiative zur „östlichen Partnerschaft“ nahmen die deutschen Vertreter zur Kenntnis, ohne Zustimmung bzw. Ablehnung zu formulieren. Es wurde jedoch angedeutet, dass sie diesem Ziel eher reserviert gegenüber stehen, da sonst eine Beitrittsdynamik in Gang kommen könnte, die derzeit nicht aktuell sei. Auch gebe es bereits in Form der Europäischen Nachbarschaftspolitik adäquate Programme für die östlichen EU-Nachbarn.

Insgesamt unterstrichen die Berichterstatter der Ständigen Vertretung das Novum einer Mehrheitsentscheidung im Rat. Zumindest im Bereich der Bildung und Kultur gebe es eine Kultur des Konsens und der Kompromissfindung, die nun nicht mehr uneingeschränkt gelte. Diese Entwicklung sei nicht zuletzt auf eine Renationalisierung von Interessen zurückzuführen.

effe steht der Tatsache positiv gegenüber, dass der Rat gegen tief greifende Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit nicht nur kurzfristige ökonomische Maßnahmen ergreift, sondern weit reichende Reflexionen anstellt und den Jugendlichen durch Mobilität und die verstärkte Teilnahme am demokratischen Leben eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft bauen möchte. Die Betonung der Freiwilligenarbeit als wichtige und prägende Erfahrung nicht nur für Jugendliche

Spanische Kinder nach Schulschluss: In ihrem Land ist die Schulabbrecherquote besonders hoch

ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Allerdings offenbarten die Diskussionen auch Negativentwicklungen und vor allem Widersprüche: Während die Familien- und Jugendminister in der Freiwilligenarbeit eher ein Mittel zur sozialen Integration sahen, empfahlen die Bildungsminister die Anpassung des Weiterbildungsangebots an die Marktbedürfnisse. Dieser letztgenannten

Ansicht begegnet *effe* mit Skepsis und sieht gerade in der Freiwilligenarbeit weniger ein Instrument des Arbeitsmarktes als ein Feld demokratischer und zivilgesellschaftlicher Entfaltung.

[1] Es handelt sich hierbei um ein Programm, das sich an Jugendliche wendet und europaweit ihre Bildungsmobilität und Aktivitäten im Bereich des nichtformalen Lernens unterstützen soll. Siehe dazu http://eacea.ec.europa.eu/youth/programme/about_youth_de.php.

[2] *effe* verfasst gerade einen umfassenden Bericht zum Thema Freiwilligenarbeit, der auf der Auswertung einer Umfrage an Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres beruht. Der Infobrief wird Sie diesbezüglich auf dem Laufenden halten.

[3] http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/122118.pdf

[4] Ebd.

[5] http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st09/st09036.en11.pdf

[6] Näheres dazu siehe den Artikel in diesem Infobrief zum Thema „polnische Ratspräsidentschaft".

Countdown für die Europäische Bürgerinitiative

Am 29. Juni 2011 lud die Freie Europäische Allianz der Grünen zu einem Konferenznachmittag zur **Europäischen Bürgerinitiative / European Citizens' Initiative (ECI)**[1] ein. Gerald Häfner, einer der ECI-Initiatoren, gab gleich zu Beginn die thematische Richtung vor: „Grundlegend für alle gesellschaftspolitischen Themen der Zukunft, ob Atomenergie, Migration oder Wirtschaft, ist die Frage nach der Demokratie: *Wie* kommen gesellschaftliche Entscheidungen zu Stande?"

Die ECI stellt den bisher einzigartigen Versuch dar, ein Instrument der grenzüberschreitenden „Bürgersprache" für den gesamten europäischen Raum zu entwickeln, der – das betonte auch der Rechtswissenschaftler Prof. Christian Joerges – den Abstand zwischen „Brüssel" und den Bürgerinnen und Bürgern überbrücken helfen könnte. Mindestens sieben Personen aus sieben verschiedenen EU-Ländern hätten die Möglichkeit, mit einer bestimmten Forderung an die Kommission heran zu treten. Nach erfolgter Registrierung der ECI stände ein Jahr zur Verfügung, um eine Million Unterschriften zu sammeln. Gelänge dies, wäre eine Anhörung im Europäischen Parlament – im Beisein der Kommission – garantiert.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten haben bis April 2012 Zeit, die gesetzlichen Grundlagen für die ECI zu schaffen. Und da beginnen auch schon die Diskussionen: Soll das neue System der Online-Unterschriften-Sammlung die Angabe der Passnummern der Unterzeichnenden verpflichtend machen? Wie sind die notwendigen Übersetzungen zu bewältigen? Wie viel Geld braucht eine Initiative realistischerweise, um erfolgreich zu sein? Moderatorin Eva Lichtenberger hatte viel zu tun, um diese und zahlreiche weitere Fragen und Statements aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu koordinieren.

[1] http://www.citizens-initiative.eu

Freie Schulen in England: Neuanfang oder Anfang vom Ende?

Josh Tebbutt, Project Officer, *effe*

Im Juni 2010 kündigte Michael Gove, Bildungsminister in David Camerons frisch gewählter konservativ-liberaler Koalitionsregierung, eine bildungspolitische Offensive in Bezug auf so genannte "Freie Schulen" an. Inspiriert vom schwedischen Modell sollen diese staatlich finanzierten Schulen für alle Kinder offen sein und von Lehrern, Eltern, karitativen Organisationen, Universitäten oder Unternehmen auf Grundlage lokaler Bildungsinitiativen aufgebaut werden. Sicherlich werden auch diese sich staatlichen Schulinspektionen unterziehen müssen, doch ist vorgesehen, dass die Freien Schulen in den Genuss einer weit reichenden und bis dahin beispiellosen Autonomie im Hinblick auf die Gestaltung des täglichen Schullebens kommen werden.[1]

Für ein Land mit einer – im Vergleich zu seinen skandinavischen und deutschen Nachbarn – bisher recht bescheidenen Geschichte alternativer Bildung kann dies als bemerkenswerte Entwicklung bezeichnet werden.[2] Zwar hat die britische Regierung—ob Labour eher zögerlich oder die derzeitige Koalition in entschiedenerer Art und Weise — die Notwendigkeit einer größeren Autonomie im Bildungsbereich schon vor längerer Zeit anerkannt. Die im Jahr 2000 von Tony Blairs Regierung im Rahmen einer Leitinitiative gegründeten Academy Schools bereiteten Goves „Free-School"-Initiative insoweit den Weg, als Schulen nun die Möglichkeit hatten, finanzielle Mittel direkt von der Zentralregierung zu erhalten und nicht nur von lokalen Stellen wie bisher üblich. Staatliche Schulen, an denen die Schüler häufig die Lernziele verpassten, hatten nun Aussicht auf einen Sonderstatus unter dem Schirm der „Academy Schools": Konnten sie einen privaten Sponsor vorweisen, der wenigstens 10 % der Kosten deckte, so war es diesen Schulen nun möglich, sich weitgehend autonom zu organisieren und unter Berücksichtigung lokaler Umstände Strukturproblemen entgegenzutreten. Goves Pläne scheinen nun einen oder sogar mehrere Schritte weiter zu gehen: Er möchte dem jeweiligen Schulgründungs- und Schulleitungs-Team entschieden mehr Verantwortung und Freiheit für den Lehrplan, die Gestaltung der Unterrichtszeiten und die Einstellung der Lehrkräfte übergeben.

Trotz des Anteils Blairs an größerer Schulautonomie gehört die heutige Labour Party, nicht zuletzt ihr Sprecher für Bildungsfragen, Andy Burnham, zu den größten Kritikern des Freischulenkonzepts. Neben der fehlenden Einbindung der jeweiligen lokalen Mitbürgerinnen und Mitbürger (Anträge für Freie Schulen können direkt beim Bildungsministerium eingereicht werden) und der Möglichkeit, dass "unqualifizierte Lehrkräfte" Unterricht erteilen (wer an den neuen "Freien Schulen" lehren möchte, braucht nicht notwendigerweise ein Staatsexamen[3]) suggeriert Burnham auch, dass nun Privatschulen sich einfach in staatsfinanzierte "Freie Schulen" umwandeln könnten. Die Gegner der "Freien Schulen" lassen sich nicht von dem Argument einschüchtern, die Initiative lehne sich an das erfolgreiche

schwedische Modell an. Sie argumentieren vielmehr, dass die vielfache Beteiligung von Privatunternehmen am schwedischen Bildungswesen zu einem Absinken der Standards geführt und soziale Mobilität gebremst habe[4] (Letzteres Argument trifft Camerons konservative Partei an einer besonders empfindlichen Stelle). Vor allem aber betonen sie, dass es vor allem die sozial unabhängigen, motivierten und engagierten Eltern aus der Mittelschicht sein werden, die Freie Schulen gründen. Also genau jene Eltern, die man eigentlich für die Verbesserung der Situation an weniger erfolgreichen Schulen im staatlichen Sektor brauchen würde. Freie Schulen, so argumentieren die Kritiker, würden die Kluft zwischen den Gesellschaftsschichten vertiefen, indem sie den Privilegierten einen Ausweg aus Schulen in schwieriger sozialer Lage eröffnen würden.

Die Komplexität des britischen Bildungswesens ist jemandem, der keine eigenen Erfahrungen damit hat, nur schwer verständlich zu machen – und selbst Eingeweihte staunen oft über lokale Ausnahmen und Besonderheiten. Wenn jetzt mit den Freien Schulen in England eine weitere Schulform hinzukommt, wird die Sache nicht einfacher. Es ist jedoch das höhere Maß an Autonomie, welches die neuen Freien Schulen herausheben wird, und, so hofft Gove, den Schülerinnen und Schülern neue Formen des Lernens zugänglich macht. Nur acht Schulen wurden für die Eröffnung im Jahr 2011 zugelassen (wenn man bedenkt, dass die Möglichkeit dazu erst im Juni 2010 angekündigt wurde, ist dies jedoch bemerkenswert). Darunter sind sowohl vormals staatliche Schulen, Initiativen mit religiösem Hintergrund und Schulen mit alternativem pädagogischem Ansatz, wie die Montessori primary school[5], die in Crawley eröffnet hat.[6] Gove ist jedoch ehrgeizig: Er hat für 2012 nicht weniger als 281 Schulgründungsanträge erhalten und hofft, dass die Freien Schulen ihren Beitrag zur bis 2014/15 benötigten Viertel Million zusätzlicher Grundschulplätze leisten werden.[7] Es bleibt zu hoffen, dass die Freien Schulen nicht nur die Bildungsqualität verbessern, sondern auch alle Kinder, Eltern und Lehrer dazu anregen werden, die Gestaltung ihrer Bildung in die eigenen Händen zu nehmen. Momentan ist die Anzahl der Freien Schulen noch so gering, dass die Kritik an ihrer Exklusivität berechtigt erscheint, obwohl sich das sicherlich mit der Gründung von immer mehr Freien Schulen ändern wird. Viele der Prinzipien, auf denen diese Schulen aufgebaut sind, waren bis jetzt nur in Privatschulen zu finden. Nun können, zumindest theoretisch, alternative pädagogische Ansätze für alle zugänglich werden. Ob diese Veränderungen verwirklicht werden können, wird die Zukunft zeigen – eines jedoch ist sicher: Freie Schulen haben das Potenzial, die staatliche Schullandschaft eines ganzen Landes für die nächsten Generationen zu verändern.

[1] Siehe: http://www.education.gov.uk/freeschools/b0061428/free-schools/what

[2] Die Bildungssysteme der vier das Vereinigte Königreich konstituierenden Teile (England, Schottland, Wales, Nordirland) weichen in jeweils unterschiedlichem Maße voneinander ab. Bildung ist weitgehend eine Lokalangelegenheit, weshalb Entscheidungen des Bildungsministers zunächst einmal nur in England Anwendung finden.

[3] Siehe: http://www.tda.gov.uk/get-into-teaching/faqs/becoming-a-teacher/qualified-teacher-status.aspx

[4] Siehe: http://www.andyburnham.net/ überprüft am 29.06.2011

[5] Grundschulen erziehen im Allgemeinen Kinder zwischen 4 bzw. 5 und 11 Jahren.

[6] Siehe: http://www.discoverynewschool.org/

[7] Siehe: http://www.education.gov.uk/inthenews/speeches/a0077948/michael-goves-speech-to-the-policy-exchange-on-free-schools

effe-Kolloquium „Wir machen Schule“, Münster, 18.-19. November 2011

Das nächste Kolloquium des *effe* findet am 18. und 19. November 2011 in der Montessori Schule Münster statt. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Wir machen Schule – Das gesamte Schulwesen ist eine Aufgabe der Gesellschaft“ und bringt außer den *effe*-Mitgliedern auch Vertreter verschiedener Bildungsverbände zusammen.

Neben einer Diskussion zum Thema Bürgerschule wird es auch die Gelegenheit zur Unterrichtshospitation an der Montessori Schule geben. Kurt Wilhelmi (Omnibus für direkte Demokratie), Pia Amacher (Elternlobby Schweiz) und eine Schülerin der Schule in Freiheit aus Berlin werden außerdem von ihren Erfahrungen berichten.

Wir freuen uns auf viele Teilnehmer.

Mehr Informationen zum Kolloquium werden in Kürze online gestellt.

Demnächst online: Der neue *effe*-Atlas der Bildungsfreiheit

Im Juni wurde im Brüsseler *effe*-Büro intensiv an einer neuen Online-Ausgabe des *effe-Atlasses der Bildungsfreiheit* gearbeitet: Für die meisten europäischen Länder sollen demnächst (neben einem Überblick über die unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme und Schulgesetzgebungen) aktuelle Informationen zu bestehenden Schulen in Freier Trägerschaft sowie ihrer rechtlichen und finanziellen Situation auf unserer Webseite zur Verfügung stehen.

Neuer Praktikant gesucht

effe vergibt für die Zeit ab Oktober 2011 ein Praktikum in seinem Brüsseler EU-Büro. Nähere Informationen zu den Aufgaben und Qualifikationen, die für die Stelle verlangt werden, finden Sie auf der *effe*-Webseite unter www.effe-eu.org.

Redaktion:
Anne Liekenbrock
Joshua Tebbutt
Philipp Zessin (Praktikant)
Clara Steinkellner (Praktikantin)